

Sohrauer Stadtblatt.

Ämtliches Publikations-Organ der Behörden von Sohrau O.-S., sowie der Vereine.

Mit der Gratis-Beilage „Illustriertes Unterhaltungsblatt“.

Erscheint

wöchentlich zweimal: Mittwoch und Sonnabend.
Bezugspreis: Vierteljährlich um Orte 10 M.,
bei allen Postämtern 12 M.

Druck und Verlag:

B. Junold's Stadt- und Buchdruckerei, Sohrau O.S.
Verantwortlicher Redakteur: Paul Junold.

Anzeigen-Preis:

für die einsp. Zeile oder deren Raum 1,50 M.
Inseraten-Annahme bis nachmittags 1 Uhr vor dem
Erscheinungstage.

Nr. 40.

Samstag, den 19.

Sonnabend, den 20. Mai 1922.

Vertriebskonto
Dresden 18664

44. Jahrg.

Rundschau.

Deutschland zahlt.

London, 17. Mai. Im Laufe der letzten englischen Kabinetsitzung wurde mitgeteilt, daß die durch Deutschland am 15. Mai an den belgischen Staat zu leistende Zahlung von 50 Millionen Goldmark entsprechend dem Moratorium pünktlich geleistet worden ist.

Cardinal Schulte für die Gefangenen in Frankreich.

Cardinal Dr. Schulte hatte bei Gelegenheit von Besuchen, die er am Samstag in Koblenz bei verschiedenen Behörden machte, persönlich den Vorsitzenden der 3. R. Tirard auf die sehr peinliche und harte Lage aufmerksam gemacht, in der die deutschen Zivilgefangenen in Frankreich zurückgehalten werden. Tirard hat seine Bereitwilligkeit ausgesprochen, sich hierfür zu verwenden.

Der Nord an Feldmarschall von Eichhorn.

Der Oberste Gerichtshof der Ukraine verurteilte den linken Sozialrevolutionär Paschutskoff, der die Ermordung des deutschen Feldmarschalls von Eichhorn in Kiew während der deutschen Besetzung eingestand, zum Tode.

Zoffe prophezeit das Ende der Entente.

Moskau, 16. Mai. Zoffe machte Pressevertretern folgende Mitteilung: Er habe aus Genua den Eindruck mitgenommen, daß der Verlauf der Entente vollkommene Zufälle sei. Gleichgültig sei die Unzufriedenheit aller europäischen Staaten mit dem Versailler Vertrag unverkennbar, die hauptsächlich die kleine Entente bekundet habe. Die kleine Entente wende sich Rußland zu, worin eine der größten Erzeugungsstätten der Genuaer Verhandlungen zu erblicken sei. Von Tag zu Tag zeige es sich, daß die Entente unter sich zerfalle.

Bessere Erhöhung der Gütertarife.

Berlin, 16. Mai. Die neuerliche Steigerung der Materialpreise und der persönlichen Ausgaben der Reichsbahn nötigen diese, bereits zum 1. Juni die Güter-, Tier- und Expressgutarife um 25 Prozent zu erhöhen. Durch die Kohlenpreiserhöhung vom 20. April steigert sich der Preis für Eisenbahnbrennstoffe pro Tonne um 260 Mark oder um rund 27 Prozent. In derselben Zeit stieg der Kubikmeter Eichenholz von 3400 auf 4500 Mark, also um rund 34 Prozent. Holzschwellen von 240 auf 350 Mark, das heißt um 46 Prozent. Die Verteuerungsziffer aller von der Eisenbahn gebrauchten Stoffe erhöhte sich von 80 Prozent im April auf 90 Prozent im Mai. Die tatsächlichen Ausgaben der Reichsbahn steigern sich dadurch um rund sieben Milliarden. Dazu kommt ab 1. Mai die Erhöhung der Bezüge der Beamten und Arbeiter um rund zwölf Milliarden, sodas für das Rechnungsjahr 1922 rund 19 Milliarden zu decken sind. Von einer Erhöhung der Tarife im Personen- und Gepäckverkehr soll bis auf weiteres Abstand genommen werden, so daß eine Erhöhung der Gütertarife um 25 Prozent zum Ausgleich des Gehaltetrages erforderlich ist. Die neue Erhöhung soll gleichzeitig mit den bisherigen Erhöhungen demnach in die Tarife organisch hineingearbeitet werden. Bei der Einarbeitung werden die Eisenbahnbetriebe mitwirken. Gleichzeitig soll von ihnen die Frage behandelt werden, wie den Gefahren vorzubeugen ist, die durch die Schiffsahrt aus der derzeitigen starken Stausung der Eisenbahntarife erwachsen.

Lohnherabsetzung in Frankreich.

Rotterdam, 18. Mai. Der „Courant“ meldet aus Paris, daß laut Beschluß des französischen Industriellenverbandes am 1. Juni

eine allgemeine Herabsetzung der Löhne in der Industrie um 8 Prozent eintreten soll.

Politisches Ultimatum an Rußland.

London, 18. Mai. Die englische „Morningpost“ meldet aus Moskau: Die polnische Regierung hat der Sowjetregierung eine Frist bis 28. Mai gestellt zur Bezahlung der am 30. April laut Friedensvertrag von Riga fällig gewordenen Kriegsschuld von 50 Millionen Goldrubel. In Moskau herrscht eine gespannte Stimmung. Ununterbrochen ziehen durch Moskau Transporte der Roten Armee nach dem Westen. In einen neuen Krieg denkt niemand, wohl aber an einen Druck auf Polen zur Revision des Friedensvertrages von Riga.

Frankreich für Verminderung der deutschen Zahlungen?

Paris, 18. Mai. „Journal de Debats“ verbreitet die bisher unbekanntete Meinung, Frankreich wolle im Reparationsauschuß einer Herabsetzung der deutschen Reparationszahlungen von 720 Millionen auf 680 Millionen bedingungsweise zustimmen.

30 Kranke verbrannt.

Rom, 18. Mai. In der letzten Nacht brach im Heiligen-Geist-Hospital ein großer Brand aus, der ein Gebäude ergriß, in dem ungefähr 40 Kranke lagen. Ein Saal brach nach den unteren Stockwerken durch. Vöher wurden ungefähr 30 verlorbene Leichen geborgen. Ein Teil der Kranken ließ sich an Bettlächern herab und erlitt teilweise Verletzungen. Die wachhabende Schwester soll vor Verzweiflung kranke geworden sein.

Rom, 18. Mai. Wie zum Brande im Heiligen-Geist-Hospital noch gemeldet wird, brach der Brand unter dem mit unheilbaren Kranken belegten Saal aus, der einflüßte. Nach 1 1/2 Stunden war der Brand gelöscht. Bisher sind 19 Leichen geborgen. Heute vormittag begaben sich das Königspaar und die Prinzessin Jolanda in das Hospital und sprachen den Kranken Trost zu.

Genua.

Geht Rußland nach dem Haag?

Genua, 17. Mai. Dienstag vormittags 10 Uhr trat die Unterkommission der ersten Kommission unter dem Vorsitz de Facto zusammen, um der russischen Delegation die Beschlüsse der anderen in der Unterkommission vertretenen Mächte bekanntzugeben. Tschitscherin stellte dabei eine Reihe Fragen über verschiedene Klauseln, um sich über ihre Tragweite Klarheit zu verschaffen. Er fragte u. a., warum Deutschland von der Sachverständigenkommission ausgenommen worden sei. Die Antwort lautete, weil Deutschland bereits einen Vertrag mit Rußland abschloß. Tschitscherin fragte weiter, wie es mit der de jure-Anerkennung der Sowjetregierung stehe. Es wurde erwidert, dies sei eine Angelegenheit der einzelnen Regierungen, sobald die Arbeiten der verschiedenen Kommissionen abgeschlossen sind. Tschitscherin fragte, warum Haag als Versammlungsort für die Kommission gewählt worden ist. Die Antwort lautete, man sei bereit, andere Vorschläge entgegenzunehmen. Auf die Frage Tschitscherins, ob alle Mächte durch die Mehrheitsbeschlüsse gebunden seien, wurde erwidert, daß hierüber die Kommission zu entscheiden haben wird. Tschitscherin fragte weiter: Wird der Burgfrieden nur während der Arbeit der geplanten Kommission dauern oder bis die Grenzen endgültig festgesetzt sind? Die Antwort lautete: Diese Angelegenheit kann erörtert werden. Tschitscherins Frage, ob in Genua ein Schriftstück bezüglich des Burgfriedens oder

ein Fakt abgeschlossen und unterzeichnet werden wird, wurde bejaht.

Darauf sagte Tschitscherin, es seien 24 Stunden erforderlich, um der russischen Delegation Gelegenheit zu geben, die Vorschläge sorgfältig zu prüfen. Die Sitzung der Unterkommission wurde sodann auf Mittwoch vormittags 11 Uhr vertagt.

Genua, 17. Mai. In der heutigen Nachmittagssitzung hat die russische Delegation nach längerer Diskussion die Vorschläge für die Sachverständigenzusammenkunft im Haag mit unwesentlichen Veränderungen angenommen. Diese Einigung ist einer Versöhnungsrede des Schweizer Bundesrats Motta zu verdanken. Es wurde den Russen die Zustimmung gegeben, daß sie im Haag alle Vorrechte genießen werden, die den anderen Delegierten gewährt werden. Tschitscherin verlangte nur noch, daß die Vertreter Polens und Rumäniens ausdrücklich erklären, daß sie keine Bandenbildungen in ihren Staaten dulden werden, was beide Delegierte zusicherten. Es folgte noch eine längere Diskussion über die Dauer der Waffenruhe. Als ihr Ergebnis wurde der Vorschlag Lloyd Georges einstimmig angenommen, daß diese Waffenruhe mindestens vier Monate nach Abschluß der Expertenarbeiten fortbauern müßte. Nach einigen Einwendungen wurde der russische Vorschlag angenommen, daß sich die Konferenz auf alle mit Sowjetrußland verbündeten Republiken erstrecken müsse.

Zum Schluß der Konferenz.

Genua, 17. Mai. Bei der englischen Abordnung wird erklärt, daß Lloyd George auf der Schlußsitzung der Konferenz eine sensationelle Rede halten werde. Morgen findet eine Vollsitzung statt und am Freitag dürfte voraussichtlich um 9 Uhr vormittags die letzte Vollsitzung der Konferenz eröffnet werden.

Amerika geht nicht nach dem Haag.

Genua, 17. Mai. Es ist eine inoffizielle Mitteilung Amerikas hier eingetroffen, in der Amerika erklärt, es sei ihm nicht möglich, auf Grund der am 11. Mai von den Russen erteilten Antwort sich an der Sachverständigenkonferenz im Haag zu beteiligen. Es folgt dann eine sehr lange Auseinandersetzung über die Gründe, die es den Vereinigten Staaten nicht möglich machen, an der Haager Beratungen teilzunehmen. Außerdem habe Amerika an der Konferenz von Genua nicht teilgenommen und da die Haager Konferenz eine Fortsetzung der Genuaer ist, so sei es Amerika nicht möglich, sich an den Verhandlungen im Haag zu beteiligen. Amerika sei aber bereit, eine Studienkommission nach Rußland zu schicken, und sei ferner dazu bereit, in eine Diskussion über die russische Frage einzutreten.

Der „Newport Herald“ begründet die Ablehnung, an der Konferenz im Haag teilzunehmen, damit, daß die Washingtoner Regierung sich nicht in die Machenschaften der Allierten einzumischen wünsche, in einem Augenblick, in dem man die neue Lage als ein Verstoß betrachte, das den augenblicklichen Gehltschlag der Konferenz von Genua maskieren solle.

Deutschland protestiert nicht.

Berlin, 17. Mai. Nach hier vorliegenden Meldungen aus Genua wird kein deutscher Protest gegen die Ausschließung Deutschlands von der Haager Konferenz erfolgen. Das Unterbleiben eines deutschen Einspruchs wird damit begründet, daß die deutsche Delegation in dem Notenwechsel mit den Alliierten nach Abschluß des deutsch-russischen Rapallo-Vertrages sich dahin einverstanden erklärt habe, daß die russischen Verhandlungen in Genua ohne Zuziehung der Deutschen geführt würden.

Amerikas letztes Wort?

Paris, 18. Mai. Die französischen Pressevertreter waren Dienstag Abend bei der üblichen Pressekonferenz mit Polnarc darauf gefasst, von Polnarc zu erfahren, daß nach der ablehnenden Antwort Amerikas auf Frankreich auf Teilnahme an den Sachverständigenberatungen im Haag verzichtet wird. Statt dessen übertrug die Ministerpräsident die Pressevertreter durch die Mitteilung, daß Amerikas Antwort Scheinbar auf einem Mißverständnis beruhe und deshalb einwilligen nicht als letztes Wort der Vereinigten Staaten zu betrachten sei und daß Frankreich an den Beratungen im Haag teilzunehmen gedenke, falls das Parlament damit einverstanden ist.

„Havas“ meldet, daß der italienische Außenminister Schanzer im Namen der Konferenz der amerikanischen Regierung eine neue Note zugehen lassen wird.

Ferner meldet „Havas“ aus Washington, man erkläre im Weißen Haus, daß die amerikanische Note die Tür für weitere Unterhaltungen offen lasse.

Wirtsch. Heimkehr.

München, 16. Mai. Die deutsche Delegation wird, wie hier verlautet, wahrscheinlich schon am Freitag in einem Sonderzuge von Genua nach Berlin zurückkehren. Wie die „D. A. Z.“ hört, beabsichtigt Reichskanzler Wirth auf der Durchreise in München Aufenthalt zu nehmen, um den dortigen Regierungsstellen einen Besuch abzustatten.

Oberschlesien.

Die obereschlesischen Kinderbetten unter dem Schutz des Völkerbundes.

Genf, 16. Mai. Das gestern unterzeichnete deutsch-polnische Abkommen war heute Gegenstand einer öffentlichen Sitzung des Völkerbundesrates. Zunächst ernannte der Rat auf Grund des Beschlusses der Völkerbundeskonferenz die Präsidenten der durch den deutsch-polnischen Vertrag endgültig ins Leben gerufenen internationalen Organisationen, und zwar entsprechend den Vorschlägen der beiden Bevollmächtigten Felix Calonder zum Vorsitzenden der internationalen gemischten Kommission und Professor Kalanek zum Vorsitzenden des Schlichtungsgerichtshofes. Calonder, dessen Ernennung auf seinen Wunsch nur für ein Jahr erfolgte, dankte in einer längeren Rede und überreichte dem Völkerbundesrat, der ihn feierlich mit der Leitung der Verhandlungen betraut hatte, ein unterzeichnetes Exemplar des Vertrages.

Im Namen des Rates sprach Präsident Leon de Quinones Calonder den Dank für seine Amtsführung aus. Hierauf nahm der Völkerbundesrat folgende Resolution an:

Der Völkerbundesrat beschließt, daß die dem Kinderbettschutz betreffende Bestimmung des deutsch-polnischen Abkommens über Oberschlesien mit Beginn ihres Inkrafttretens der Garantie des Völkerbundes unterstellt werde vorbehaltlich ihrer Prüfung auf der nächsten Tagung des Rates.

Zur Unterzeichnung des Abkommens über Oberschlesien.

Genf, 16. Mai. Bei der Unterzeichnung des obereschlesischen Abkommens gab Reichsminister Schiffer dem Deutschland betreffenden Verständigungswillen in warmen Worten Ausdruck. Allgemeine Aufmerksamkeit erregten folgende Sätze seiner Rede: In den Verhandlungen nach Genf führte uns nicht der freie eigene Wille, sondern der Zwang der Entscheidung vom 20. Oktober 1921. Die Rechtsverwahrung, die die Reichsregierung gegen diese Entscheidung eingelegt hat, besteht weiter fort. Sie wird durch meine Unterschrift unter diesen Vertrag nicht berührt. Dann gab Schiffer auch dem Schmerz Ausdruck, der alle Deutschen wegen der Abtretung eines großen Teiles Oberschlesiens erfüllt hat und der in den Tagen der Unterzeichnung, der Ratifizierung und der Abtretung von außenland muß. Zum Schluß hoffte er, daß das Werk von Genf eine tragfähige Unterlage für das Gelingen Oberschlesiens und für die Annäherung guter Beziehungen zwischen Deutschland und Polen bedeuten möge.

Minister Dłuski richtete in seiner Ansprache die durch die Völkerbundeskonferenz getroffene Entscheidung und bezeichnete die obereschlesische Frage als endgültig gelöst.

Das Oberschlesienabkommen wird bald ratifiziert.

Berlin, 18. Mai. Der deutsche Bevollmächtigte bei den deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen über Oberschlesien, Reichsminister a. D. Schiffer, der am Samstag nach Berlin zurückkehrte, erklärte einem Mitarbeiter des Berliner Tageblattes, er wolle durch die Wiederholung der Rechtsverwahrung, die er beim Abschluß des Vertrages machte, auch den Schein vermeiden, als ob durch die Unterschrift unter den Vertrag auch nur das Gerücht von unserer Standpunkt zu dem Gufer Dittat über Oberschlesien aufgegeben hätte. Denn jetzt abgeschlossenen Vertrag führen wir natürlich wie jeden abgeschlossenen Vertrag loyal durch. Durch die im Vertrag abgeschlossenen Organisationen gefasst alles, um auch die Durchführung des Vertrages durch Polen zu sichern. Der Vertrag soll noch bis Ende nächster Woche ratifiziert werden, denn sowohl die deutschen wie die polnischen Delegierten seien der Ansicht, daß die schnelle Ratifizierung des Abkommens notwendig sei, weil in den obereschlesischen Gebieten nicht früher die Ruhe eintritt, bis die beiden Parteien die ihnen zugehörigen Gebiete endgültig übernommen haben.

Die Lebensmittelversorgung des polnisch werdenden Gebietes von Oberschlesien wird, wie Minister Dr. Schardt erklärte, selbstverständlich von Deutschland weitergeführt werden, wobei man allerdings erwartet, daß Polen sich ebenfalls an einer Einlage von Lebensmitteln beteiligen muß.

Eine neue Amnestie. Dypeln, 17. Mai. Wie bei allen bisherigen besonderen Ereignissen wird die J. R. auch im Anschluß an die Übergabe der obereschlesischen Landesstelle an Deutschland und Polen eine Amnestie erlassen. Diese wird für alle die Personen beider Nationalitäten gelten, die nach der Einreise an den vorläufigen Aufstand wegen Widerstandes gegen die J. R. zu Gefängnisstrafen verurteilt worden sind. Als höchste Gefängnisstrafe, die noch unter die bevorstehende Amnestie fallen soll, werden zwei Jahre genannt. Verurteilt, die wegen eines Anschlages auf die Besatzungstruppen zur Verantwortung gezogen worden sind, werden dann nicht begnadigt, wenn im Verlauf des Anschlages interalliierte Soldaten um Leben gekommen sind.

Englische Bergbeamte nach Oberschlesien. London, 16. Mai. Die „Times“ melden: Im englischen Bergbau finden umfangreiche Engagements von höheren und mittleren Beamten im Auftrag der polnischen Regierung für Oberschlesien statt. Diese Anstellungen sind nötig, weil fast 50 Prozent der deutschen Grubenbeamten in der Abwanderung aus dem abgetretenen Gebiete nach dem bei Deutschland verbleibenden Teile begriffen sind.

Was kostet Oberschlesien? Paris, 16. Mai. Das „Journal“ meldet: Im Anschluß an die deutsch-polnische Schlussberatung in Genf wird der Völkerbund noch die Gesamtkosten für das Befahren der Kommissionen, für die Bekleidung und für die Aufwendungen der Älteren in Oberschlesien festzusetzen haben und die Verteilung der Gesamtschuld auf Polen und Deutschland. Die Verteilung braucht nach dem Verfall der Vertrag nicht proportional der Kopfzahl der verteilten Gebiete entsprechen, sondern legt im gerechten Ermessen des Völkerbundes und des Obersten Rates, der die Durchführung der staatsrechtlichen Verteilungsfrage zu übernehmen hat. Die frühere Meinung, daß die Gesamtkosten zwischen 5 und 10 Milliarden Mark betragen, soll die richtige Schätzung wiedergeben. Die genaue Endsumme wird erst nach langwierigen Verhandlungen auf der Interalliierten Kommission in Dypeln vorliegen.

Die Petersdorfer Vorfälle vor dem Dypelner Sondergericht.

Dypeln, 17. Mai. Unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten Caseler fand Dienstag vormittag der Beginn der Verhandlungen gegen die an dem Petersdorfer Zwischenfall Beteiligten statt. Angeklagt sind 32 Personen, von denen jedoch nur 18 erschienen sind. Die fehlenden 14 werden von der Anklage als flüchtig bezeichnet. Sie wurden zum großen Teil gegen Stellung von Kaution auf freien Fuß gesetzt. In der Anklage wird auch ein Oberleutnant a. D. Schlettwein geführt und als flüchtig bezeichnet. Unter den Verhafteten befindet sich u. a. der Landesgeschäftsleiter Almann und Rektor Urbanek, beide aus Gletwitz. Nach Eröffnung der Sitzung teilt der Vorsitzende mit, daß der Prozeß in drei Teile geteilt sei und zwar 1) der Wasserversand in der Schule des Riktors Urbanek, 2) der Ueberfall auf Petersdorf und 3) die Ermordung des Seichters in Hindenburg. Bei der Vernehmung des Rektors Urbanek glaubt das Gericht den Ausführungen des Schulleiters, in denen er betont, daß er weder Kenntnis von den Waffen auf dem Boden der Schule hatte, noch dafür verantwortlich zu machen habe, noch dort wohne. Diese Aus-

sagen führten zur Haftentlassung. — Den wegen des Petersdorfer Vorfalles Angeklagten wird zur Haft gelegt: Vorläufige Fällung, Beihilfe dazu, Inflammation einer Wunde usw. — Des Weiteren an Seichters werden 6 Personen beschuldigt, bei durch die Auslösung des Ganges Maleska belostet werden. Seichters war früher Mitglied des Selbstschutzes und war dort als Karier tätig. Als solcher soll er Kenntnis von den Plänen und der Organisation erhalten haben. Seine angebliche Kenntnis habe er der J. R. mitgeteilt. Am Nachmittag wurde mit der Zeugenvernehmung begonnen. U. a. wurden auch 10 französische Soldaten gehört. Dabei wurde festgestellt, daß durch den Ueberfall auf die Petersdorfer Schule 2 Zivilisten erschossen wurden. Auf Seiten der Franzosen waren 2 Tote und 18 Schwerverletzte.

Dypeln, 17. Mai. Im Petersdorfer Prozeß vor dem interalliierten Sondergericht beantragte der Vertreter der Anklagebehörde gegen einen Angeklagten zweimal die Todesstrafe, gegen zwei Angeklagte die Lebensstrafe und gegen zwei weitere Angeklagte je 15 Jahre Zuchthaus. Gegen die übrigen Angeklagten wurden die höchst zulässigen Gefängnisstrafen beantragt.

Dypeln, 18. Mai. Unter großem Andrang im Zuhörerraum wurde heute nachmittag vom interalliierten Sondergericht das Urteil im Falle Petersdorf verurteilt. Die J. R. hatte wiederum umfassende Evidenzmaßnahmen getroffen und alle Personen vor dem Vertreter des Zuhörerraumes auf Wahrung untersucht und nach Umständen befragt. Kurz nach 4 Uhr nachmittag wurde das Urteil bekanntgegeben. Die verhängten Strafen haben die Anträge bei weitem nicht erreicht; auch wurde kein Todesurteil gefällt. Insgesamt erkannte das Gericht auf lebenslängliche Zuchthausstrafe in einem Falle, auf 48 Jahre Zuchthaus und 5 Jahre 10 Monate und 6 Wochen Gefängnis. Zwei Beschuldigte wurden freigesprochen.

Die Unterhändlerhaft wird auch die Strafen nicht angeordnet. Gegen die flüchtigen Angeklagten wurde der Haftbefehl erlassen.

Dypeln, 19. Mai. Wie die „Oberchl. Volksst.“ meldet, wurden kurz nach der Verurteilung des Urteils die Beschuldigten in mehreren Panzerautomobilen unter Kart. R. Bedeckung nach Groß-Strehlitz gebracht, wo sie ihre Strafe verbüßen werden.

Totales u. Provinziales.

Sobran OS., den 19. Mai 1922.

§ (Eisenbahnunglück.) Der von Sobran am Dienstag Abend 7.26 Uhr abgehende Personenzug fuhr am Bahnhof Dęzica in der Nähe des Stellwerks einem Güterzug in die Flanke. Durch den heftigen Zusammenstoß wurden eine große Anzahl Wagen beschädigt. Der Materialschaden ist bedeutend; Menschen sind glücklicherweise nicht zu Schaden gekommen.

§ („In einem kühlen Grunde“), Filmspiel in einem Vorpiel und 5 Akten von Hans Jelling, ging am Mittwoch Abend im hiesigen Schauspielhaus in Szene. Die Darstellung war ausgezeichnet. Herrliche Landschaftsbilder boten sich dem Auge des Zuschauers, während das Stück selbst eine Liebesgeschichte aus schönen Volkselementen, Tänzern und Gesängen bestand. Die persönlich mitwirkenden gesanglichen Kräfte entlebten sich ihrer Aufgabe in bester Weise. Die Gesänge kloppten mit den Aufführungen auf der Bühne tadellos. Abgesehen von der Schwellen im Saale folgte das Publikum mit Spannung der Handlung und verließ vollbefriedigt das Spiel. — Jeder ließ der Beachtung viel zu wünschen übrig, sodas der Kinobesitzer, der sich große Mühe gibt, dem Publikum das Beste zu bieten, sich wohl kaum nochmals dazu bereitfinden lassen wird, die großen Ausgaben für eine Filmoperette zu riskieren.

§ (Wiesmarkt.) Der am Mittwoch hierorts abgehaltene Wiesmarkt zählte einen ziemlich lebhaften Verkehr. Am Wiesmarkt waren etwa 60 Stück Jungvieh und Rüge aufgetrieben, die zu 6000—18000 M. das Stück gehandelt wurden. Auf dem Pferdemarkt war reichlich, zumteil auch besseres Material vorhanden. Hier wurde mit wahren Phantastpreisen gehandelt. Ein elender Klepper z. B. kostete soviel, wie früher ein Paar edle Vollblut-Traktierer. Soak kostete ein gewöhnliches Wagenpferd 20000 M., ein besserer Gaul 55—60000 M. Das Geschäft war still.

§ (Kreuzotterbiß.) Die Unachtsamkeit, darauf den Wald zu betreten, hat sich an einem Rude gerächt. Der 9 Jahre alte Sohn des Stellenbesizers Gembaloch in Padowitz, der in der Nähe des Waldes Rüge hütete, ist am Mittwoch von einer Kreuzotter in eine Beize des rechten Fußes gebissen worden. Glücklicher-

Bekanntmachung.

Jeder Besitzer und Verwalter eines Grundstücks ist verpflichtet, den Bürgersteig und den Klempstein in der Frontlänge seines Grundstücks täglich bis 9 Uhr vormittags geordnet zu reinigen bei Vermeidung einer Polizeistrafe von 90 Mark evtl. entsprechender Haft.
Sohrau O.S., den 18. Mai 1922.
Die Polizei-Verwaltung. Lang.

Bekanntmachung.

Wir erwidern Veranlassung darauf hinzuweisen, daß nach § 1 der Straßenpolizeiverordnung vom 15. Juni 1882 jede Verunreinigung der öffentlichen Straßen und Bürgersteige verboten ist. Als Verunreinigung dieser Art wird insbesondere jedes Auswerfen bzw. Ausgießen, Ableiten und Ausschütten von Wasser, verunreinigenden oder abstrichenden Flüssigkeiten angesehen.
Verstretungen werden mit einer Geldstrafe bis zu 90 Mark evtl. entsprechender Haft geahndet. Wir haben unsere Polizeibehörde angewiesen, jede Verstretung zur Anzeige zu bringen.
Sohrau O.S., den 18. Mai 1922.
Die Polizei-Verwaltung. Lang.

Bekanntmachung.

Wir machen darauf aufmerksam, daß das Abblenden von Schutt nur an dem dazu bestimmten Plage am Westerturm (Forstberg-Gasse) gestattet ist.
Verstretungen werden mit einer Geldstrafe bis 90 Mark, an deren Stelle evtl. entsprechende Haft tritt, bestraft. (§§ 2 und 97 der Straßenpolizeiverordnung vom 15. 6. 1882).
Sohrau O.S., den 18. Mai 1922.
Die Polizei-Verwaltung. Lang.

Zwangs-Versteigerung.

Dienstag, den 23. Mai 1922, vormittags 10 Uhr werde ich in Sohrau O.S. — Ryschegowka — (Versammlung am jüdischen Friedhofe) 1 größeren Posten gebr. Ziegelsteine und gelöschten Kalk öffentlich meistbietend gegen Barzahlung voranschließlich bestimmt versteigern.
Sohrau O.S., den 19. Mai 1922.
Müller, Gerichtsvollzieher.

Warnung!

Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß auf unserem Jagdgelände — 2. Teil von Sohrau O.S., Dembina pp. — ohne unsere schriftliche Genehmigung niemand die Jagd ausüben darf.
Sohrau O.S., den 19. Mai 1922.
Die Jagdpächter.
Peter Borowiec, Józef Iliski.

Einen größeren Posten **gesundes, trocken. Heu** suche ich zu kaufen.

Obenfalls wird eine **Wiese mit Acker** zu kaufen oder zu pachten gesucht.
Offerten erbeten unter D. S. 100 an die Expedition dieses Blattes.

Für ausgelämmte
Frauenhaare
zahle die höchsten Preise.
Walter Hitschold
Friseur, Holzstraße.

Futterkartoffeln
hat noch abzugeben
Dominium Sussetz.

Saatkartoffeln
Ramecke's Parnassia, Siegerin der D. L. G.
gibt ab
Dom. Golassowitz OS.

Geld in jeder Höhe, zu jedem Zwecke gegen monatliche Ratenrückzahlung sowie Hypotheken schnell und diskret durch die **Oberschl. Finanz-Zentrale Neisse Oberneuland.**
— 8 Mark Rückporto erbeten. —

Kath. Bürger-Verein.

Sonntag, den 21. Mai, abends 7 1/2 Uhr:
Verammlung
im Vereinslokale (Kuh)
Vortrag
des Herrn Studienassessor Norminger über:
„Die katholische Kirche und moderne Kultur.“
Der Vorstand.

Sohrauer Lichtspiele

Sonntag, den 21. Mai 1922:

Der Albertini-Großfilm

Julot, der Apache!

Sensationsgroteske in 6 Akten

und

Kein Bummel ohne Kater!!

Sämtliche Geschäfte des unterfertigten Amtes werden nunmehr in Rybnik, Bahnhofstraße 3, erledigt.

Finanzamt Rybnik.



Schützengilde Sohrau.

Sonntag, den 21. Mai 1922, nachmittags 4 Uhr:

General-Verammlung

im Schießhause.

Tages-Ordnung:

- 1) Rechnungslegung.
 - 2) Beschlußfassung über einen event. Verkauf des Schießhauses.
 - 3) Vereinsangelegenheiten und Anträge.
- Der Vorstand.



Freiw. Feuerlösch- u. Rettungs-Verein Sohrau D.-G.

Montag, den 22. Mai ev., abends 6 Uhr:

Übung

am Feuerwehrschuppen.
Zahlreiches Erscheinen wird erwartet. — Aufnahme neuer Mitglieder.

Der Vorstand.

Radfahrerverein, 1909' Sohrau.

Sonabend, den 20. Mai 1922, abends 7 1/2 Uhr:

Sitzung

im Vereinslokal (Schindler).

Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

Geradella
garantiert 82%ige Keimfähigkeit, ist eingetroffen und steht zum billigsten Tagespreis zum Verkauf. Ferner offeriere
Sämereien, Futtermittel und prima Mehle
zu billigsten Tagespreisen.
D. Schleier & Co. Nachflg.
Inh. Alexander Moll
en gros Getreide-, Mehl- u. Rohprodukten-Geschäft. en detail
Sohrau O.S.

Mädchen (8 Monate alt) als eigen oder in gute Pflege abzugeben.
Frau Margot Witoschek,
Nikolai, Zentralestraße 8.

Buchdruckerlehrling
mit guten Elementarschulkenntnissen, Sohn anständiger Eltern, kann alsbald zur gründlichen Ausbildung unter günstigen Bedingungen in meiner Buchdruckerei antreten.
P. Hunold.

Ein Lehrling
kann unter günstigen Bedingungen bald oder später eintreten bei
Julius, Soika, Stellmachermeister,
Kogovisna.

Deutzer Rohölmotor 12 PS
stationär und fahrbar zu verwenden, vollkommen betriebsfähig,

Tischbohrmaschine für Kraftbetrieb zu verkaufen.
A. Wandroll, Gleiwitz
In der Klodnitz 16. — Tel. 1568.

Einige
Gatterschneider
sowie 1 Maschinisten
für die 2. Schicht stellen ein:
Oberschl. Apparate- und Eisenwerke G. m. b. H.
Abt. Sägewerk
Sohrau O.-S.

Zum 1. Juni älteres, erfahrenes
Mädchen
welches Kinderlieb ist und nähen und plätten kann, für Privathaushalt ohne Küche gesucht. Zweites Mädchen vorhanden. Hoher Lohn und Kasseverg. zugef. Angebote und Zeugnisse an
W. Palm, Sülzhayn-Marz.

Gut erhaltener
Siegestuhl zu kaufen gesucht.
Von wem? sagt die Exped. d. Bl.

I. Preisausschreiben im Gesamtwerte von über 1 Million Mk.
Für 120 M. können Sie im günstigsten Falle ein Einfamilienhaus
oder andere Prämien im Baar- oder Sachwerte von **100 M. bis 10000 M.** bekommen. Jeder „Zehnte“ Besteller erhält eine Prämie. Verlangen Sie sofort Prospekt gegen Einsendung von 10 M. (für Porto, Drucks. und Unkosten) von
A. M. H. Holz, Hamburg-Wth. Hudtwalcherstr. 16.